

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

2./3. März, Görlitz, Wichernhaus



Gegenstand:

Konsequenzen aus dem rechten Terror ziehen: Transparente Aufklärung vorantreiben – Demokratie stärken

Antragsteller:

Miro Jennerjahn (KV Landkreis Leipzig), Carsten Enders (KV Dresden), Monika Lazar (KV Landkreis Leipzig), Thoralf Möhls (KV Meißen), Petra Zais (KV Chemnitz), Achim Wesjohann (KV Dresden), Stefan Schönfelder (KV Dresden), Jürgen Kasek (KV Leipzig), Valentin Lippmann (KV Dresden), Johannes Lichdi (KV Dresden)

TO-Punkt

D-1

Bemerkungen:

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____
Gültig: _____
Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____
Zurückgezogen:
Modifizierte Übernahme:

- 1 **Konsequenzen aus dem rechten Terror ziehen: Transparente Aufklärung**
- 2 **vorantreiben – Demokratie stärken**
- 3
- 4 Seit November 2011 schockieren die Erkenntnisse über den Terror des „Nationalsozialistischen
- 5 Untergrundes“ (NSU) und über das Versagen der deutschen Verfassungsschutzbehörden die Öff-
- 6 fentlichkeit. Die sächsischen Bündnisgrünen trauern um die Opfer der NSU-Morde. Unser Mitge-
- 7 fühl gehört ihren Angehörigen. Wir sind entsetzt und wütend darüber, wie rassistische Ressenti-
- 8 ments in deutschen Behörden dazu geführt haben, dass Angehörige erleben mussten, dass den
- 9 Opfern teilweise kriminelle Verbindungen zugeschrieben wurden. Die Vorstellung, dass die Ange-
- 10 hörigen jahrelang mit dieser Beleidigung ihrer Toten leben mussten, ist unerträglich.
- 11 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen kritisieren seit Jahren Tendenzen der Verharmlosung
- 12 rechtsextremer Gewalt. Wir haben uns nie Illusionen über die Gewaltbereitschaft von Neonazis
- 13 gemacht, und wir haben der Arbeit des Verfassungsschutzes schon immer misstraut – doch die
- 14 jetzt bekannt gewordene Dimension geplanter Mordaktionen einer Terrorzelle und des Versagens
- 15 der Verfassungsschutzbehörden bestürzt auch uns. Obwohl wir seit Jahren vor der rechten Szene
- 16 und der NPD gewarnt haben, müssen auch wir uns heute fragen, ob wir alles nach unseren Mög-
- 17 lichkeiten unternommen haben, um der Ausbreitung der neonazistischen Ideologie und Szene
- 18 Einhalt zu gebieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen werden sich dafür einsetzen und daran

19 mitwirken, dass aus den nun vorliegenden Erkenntnissen endlich die notwendigen Konsequenzen
20 gezogen werden.

21

22 **Schluss mit der Verharmlosung – Aufklärung vorantreiben**

23

24 Es ist ein Skandal, dass die Aktivitäten der NSU-Terroristen so lange unentdeckt blieben und der
25 Freistaat Sachsen von ihnen als Rückzug- und Ruheraum genutzt wurde. Wir wenden uns gegen
26 Versuche, von dieser sächsischen Verantwortung abzulenken, z.B. indem die Mitglieder des NSU
27 als „Thüringer Trio“ bezeichnet werden.

28 Die jahrelange Verharmlosung der rechtsextremen Gefahr in Sachsen durch die regierende CDU,
29 die in der törichten Behauptung des ehemaligen Ministerpräsidenten Biedenkopf gipfelte, die
30 Sachsen seien „immun“ gegen Rechtsextremismus und in Sachsen habe es weder rechte Morde
31 noch angezündete Häuser gegeben, muss als eine der Ursachen dafür angesehen werden, dass
32 der NSU sich nahezu ungestört im regionalen Nazi-Milieu bewegen konnte.

33 Es wird aufzuklären sein, welche Verbindungen des NSU zu sächsischen Akteurinnen und Akteu-
34 ren der Naziszene bestanden. Es wird auch zu klären sein, inwiefern eine bessere Beobachtung
35 und strafrechtliche Verfolgung rechter Straftäter in Sachsen Taten des NSU hätte verhindern kön-
36 nen. Vor allem aber wird das Versagen der sächsischen Behörden vor dem Hintergrund ihres all-
37 gemeinen Umgangs mit der extremen Rechten zu analysieren sein. Entsprechend sollte die Arbeit
38 eines Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag nicht nur am „Fall“ des NSU orientiert
39 sein, sondern umfassend klären, inwiefern Polizei, Justiz und Verfassungsschutz in Sachsen auf
40 dem rechten Auge blind waren bzw. sind, um ein ähnliches Versagen in Zukunft zu verhindern.
41 Entgegen der Behauptung des früheren Ministerpräsidenten Biedenkopf hat es in Sachsen mehr
42 als 10 Todesopfer rechter Gewalt gegeben. Wir fordern die Prüfung aller bislang nicht als durch
43 rechte Gewalt verursacht anerkannten Todesfälle.

44

45 **NPD-Verbot als Allheilmittel ist eine Illusion**

46

47 Die plumpen Versuche von Ministerpräsident Stanislaw Tillich, sich an die Spitze derjenigen zu
48 stellen, die ein NPD-Verbot als Allheilmittel gegen Rechtsextremismus verkaufen wollen, weisen
49 wir als ungeeigneten Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen, zurück. Der Ministerpräsi-
50 dent verwechselt Ursache und Wirkung, wenn er meint, ein Parteiverbot würde der extremen
51 Rechten den sprichwörtlichen „Nährboden“ entziehen. Wir sächsischen GRÜNEN stehen der Dis-
52 kussion um ein NPD-Verbot weiterhin äußerst skeptisch gegenüber. Ein NPD-Verbotsverfahren
53 darf es nur geben, wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden sind, dabei sind insbesondere die

54 Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschen-
55 rechte zu berücksichtigen.

56 Das Agieren von Ministerpräsident Tillich lässt einen solchen verantwortungsvollen Umgang mit
57 einem möglichen Verbotsverfahren von Grund auf vermissen. Die Gefahr, dass unter diesen Be-
58 dingungen ein Verbotsverfahren scheitert, ist real. So würde lediglich der NPD ein weiterer Tri-
59 umph verschafft werden. Wir sprechen uns aber auch dagegen aus, dass das Bundesverfassungs-
60 gericht die Versäumnisse der Politik in der Auseinandersetzung mit rassistischen und demokratie-
61 feindlichen Einstellungen in unserer Gesellschaft ausbaden soll. Gegen Antidemokraten hilft vor
62 allem die Stärkung der Demokratie – Parteiverbote sind aber kein Mittel zur Stärkung der Demo-
63 kratie. Um einen Sumpf trockenzulegen, reicht es nicht, eine einzelne Sumpflüte zu entfernen.
64 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden auch weiterhin dafür werben, die NPD auf demokratischem
65 Wege mit dem Wahlzettel in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen. Bereits für die nächste Land-
66 tagswahl 2014 bestehen begründete Aussichten, dass die NPD aus dem Sächsischen Landtag ge-
67 stimmt werden kann.

68

69 **Demokratie stärken, Kriminalisierung von demokratischem Engagement beenden**

70

71 Wir brauchen eine Stärkung der Demokratie. Es gilt, zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen
72 menschenfeindliche Einstellungen und für die demokratische Kultur engagieren, zu stärken. Wir
73 fordern Bundes- und Staatsregierung zum wiederholten Male nachdrücklich auf, darauf zu ver-
74 zichten, von Projekten gegen Rechtsextremismus eine sogenannte „Demokratieerklärung“ und
75 eine Gesinnungsprüfung ihrer PartnerInnen zu verlangen. Staatliches Misstrauen und der General-
76 verdacht gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement behindern die Arbeit der Projekte. So hat
77 die Einführung der sogenannten „Demokratieerklärung“ zu erheblichen Verzögerungen in der
78 Auszahlung von Fördermitteln geführt und so die Arbeit der Projekte und Vereine massiv beein-
79 trächtigt.

80 Wir fordern die Staatsregierung und die sie tragende CDU auf, mit der Diffamierung und Krimina-
81 lisierung von Demokratinnen und Demokraten, die sich gegen Nazi-Aktivitäten engagieren, end-
82 lich aufzuhören. Dies gilt beispielsweise für Aktive in Soziokulturellen Zentren und nichtrechten
83 Jugendclubs. Nichtrechte Jugendliche, die sich in sächsischen Kleinstädten mit großem Mut den
84 Hegemonialbestrebungen der örtlichen Naziszene entgegenstellen, müssen unterstützt werden
85 statt als „Teil der Auseinandersetzung von Jugendlichen“ kriminalisiert zu werden. Wir wenden
86 uns auch gegen die Kriminalisierung der Menschen, die den Nazis bei ihren alljährlichen Aufmärs-
87 chen, wie zum Beispiel in Dresden, entgegentreten. Wir empfehlen der Sächsischen Union ihren
88 Extremismusbegriff zu überdenken und sich stattdessen kritisch mit denjenigen in ihren Reihen

89 auseinanderzusetzen, die am rechten Rand fischen wollen, wie z.B. die CDU-interne „Aktion
90 Linkstrend stoppen“.

91

92 **Verfassungsschutz auf den Prüfstand stellen**

93

94 Wir fordern das Ende der V-Leute-Praxis des Verfassungsschutzes auf Bundes- und Landesebene.
95 V-Leute in rechtsextremen Strukturen sind keine Agenten des Rechtsstaates, sondern staatlich
96 alimentierte Nazi-Aktivisten.

97 Wir wollen den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen aber auch darüber hinaus auf den Prüf-
98 stand stellen. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2011/2012 haben die
99 GRÜNEN im Sächsischen Landtag Vorschläge zu deutlichen Einsparungen beim Landesamt für
100 Verfassungsschutz zugunsten einer besseren Ausstattung der Polizei, der Justiz und des Landes-
101 programms „Weltoffenes Sachsen“ gemacht. Die Erkenntnisse über den „Nationalsozialistischen
102 Untergrund“ und das Versagen des Verfassungsschutzes bestätigen, dass eine solche Weichen-
103 stellung richtig gewesen wäre. Wir fordern die demokratischen Fraktionen des Sächsischen Land-
104 tages auf, die GRÜNEN Vorschläge im Doppelhaushalt 2013/2014 umzusetzen, um insbesondere
105 durch eine Stärkung der Polizei die Sicherheitslage in Sachsen real zu verbessern. Wir halten eine
106 Aufstockung der Fördermittel des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ auf 5 Millionen Euro
107 jährlich für dringend erforderlich.

108 Kurzfristig sind darüber hinaus die parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber dem Verfassungs-
109 schutz zu stärken.

110 Perspektivisch wollen wir aber bei Einsparungen beim Verfassungsschutz nicht stehenbleiben. Wir
111 halten das Modell einer Spitzelbehörde, die – einem wissenschaftlich fragwürdigen Extremismus-
112 begriff folgend – Linke mit Nazis gleichsetzt und deren Agieren sich weitgehend der demokrati-
113 schen Kontrolle entzieht, für überlebt. Gefahrenabwehr und die Verfolgung von Straftätern müs-
114 sen eindeutig die Aufgabe der Polizei sein. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll mittelfristig
115 zugunsten einer transparent und unabhängig von der Staatsregierung arbeitenden Einrichtung
116 abgeschafft werden, deren Aufgaben darin bestehen sollen, antidemokratische und menschen-
117 feindliche Tendenzen in Sachsen wissenschaftlich zu erfassen und zu analysieren und die Öffent-
118 lichkeit durch Publikationen und Bildungsangebote darüber zu informieren.

119

120 **Begründung**

121

122 Die Tatsache, dass die Terrorgruppe NSU jahrelang von Sachsen aus ungestört agieren konnte,
123 bedingt einen erheblichen Aufklärungsbedarf. Dabei ist eine Engführung der notwendigen Unter-
124 suchungen zu vermeiden: Nicht nur das Versagen von Verfassungsschutz und Polizei im Falle die-

125 ser Gruppe ist zu untersuchen, sondern der Hintergrund der nahezu gewohnheitsmäßigen Ver-
126 harmlosung rechter Gewalt und menschenfeindlicher Propaganda in Sachsen.

127

128 Der Versuch des Ministerpräsidenten, die Versäumnisse der Vergangenheit durch die Forderung
129 nach einem NPD-Verbot zu kaschieren, muss zurückgewiesen werden. Ein erneutes Scheitern ei-
130 nes Verbotsverfahrens zu riskieren und so der NPD zu einem weiteren Triumph zu verhelfen, ist
131 verantwortungslos. Es muss in diesem Zusammenhang insbesondere darauf aufmerksam gemacht
132 werden, dass ein Verbot vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aufgehoben werden
133 könnte, da dieser eine reale Gefahr für die Demokratie als Voraussetzung für ein Parteiverbot be-
134 trachtet. Da die NPD aber weit davon entfernt ist, unsere Verfassungsordnung tatsächlich ab-
135 schaffen zu können, ist diese Voraussetzung in diesem Fall nicht gegeben.

136

137 Es gilt, vorhandene Wahrnehmungsstörungen bei der Polizei, den Politikern – auch in den Kom-
138 munen – und der Justiz zu beseitigen: Nichtrechte Jugendliche, die in Kleinstädten wie Limbach-
139 Oberfrohna oder Geithain sich mit hohem Mut den Hegemonialbestrebungen der örtlichen Nazi-
140 szene entgegenstellen, gehören unterstützt und nicht als „Teil der Auseinandersetzung von Ju-
141 gendlichen“ kriminalisiert.

142

143 Der Verfassungsschutz ist auf Bundesebene ein Relikt des Kalten Krieges. Die Tendenz, sich insbe-
144 sondere gegen linkes Engagement politisch instrumentalisieren zu lassen, hat der sächsische Lan-
145 desverfassungsschutz „geerbt“ und weiterentwickelt. Es sei beispielsweise daran erinnert, dass der
146 verzweifelte Versuch des Verfassungsschutzes, gleichwertige Gefahren durch Rechts und Links zu
147 behaupten, schon mal in der Aufnahme von Trainings zu gewaltfreier Konfliktlösung der GRÜNEN
148 JUGEND in den Jahresbericht der Behörde in der Rubrik „Linksextremismus“ gipfelte.

149

150 Mittlerweile ist deutlich geworden, dass der Verfassungsschutz nicht in der Lage ist, realen Bedro-
151 hungen von Menschen und öffentlicher Ordnung wirkungsvoll zu begegnen. Eher ist das Gegen-
152 teil der Fall: Erinnert sei an die bezahlten V-Männer, die mit staatlichen Geldern die Produktion der
153 verbotenen Landser-CD „Ran an den Feind“ erst ermöglichten. Damit wurden die Herstellung
154 und der massenhafte Weitervertrieb der „Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ gefördert.

155 Eine Behörde, die vom NSU jahrzehntelang scheinbar oder tatsächlich nichts weiß, das Freie Netz
156 als dynamischste Organisation der freien Naziszene auf eine „Internetseite“ reduzierte und wie-
157 derholt die jährlichen Indoktrinationslager für Kinder und Jugendliche der „Heimattreuen Deut-
158 schen Jugend“ (HDJ) im Freistaat verschief, hat nichts zum Erkenntnisgewinn über Nazistrukturen
159 in Sachsen beizutragen. Sie hat damit ihre Überflüssigkeit unter Beweis gestellt.

160

- 161 Statt alberne Geheimdienstspielchen und nichtssagende Publikationen wie den alljährlichen „Ver-
162 fassungsschutzbericht“ zu finanzieren, sollte der Freistaat die hierfür verwendeten Mittel besser
163 darin investieren, menschenfeindliche und antidemokratische Tendenzen in Sachsen wissenschaft-
164 lich seriös zu untersuchen und die Öffentlichkeit über die bestehenden Bedrohungen aufzuklären.
165 Dies wäre ein realer Beitrag zum Schutz unserer Verfassung.